

Europa am Wendepunkt

Redebeitrag FFM, Veranstaltung Berlin 30.11.2015

„Europa am Wendepunkt“ - so haben wir das Statement überschrieben, mit dem wir das Projekt MOVING EUROPE Ende Oktober gestartet haben. Was das konkret heißt, hat Marc in seinem Beitrag geschildert. Immer wieder und an verschiedenen Orten sind in den vergangenen Monaten migrantische Mobilität und staatliche Kontrollversuche aneinander geraten: Anfang August in Idomeni, im September in Budapest und in Röszke an der ungarisch-serbischen Grenze, Ende Oktober in Spielfeld. Bisher ist es den EU-Politikern nicht gelungen, den Aufbruch zu stoppen. Die Festung Europa ist in eine historische Krise geraten – vor allem durch die Migranten selbst, aber auch durch die Bevölkerung in den Ankunftsändern, die kapiert hat, dass es sich bei der angeblichen 'Flüchtlingskrise' wohl eher um eine Krise der Flüchtlingspolitik handelt.

Der jüngste Schauplatz in dieser Kette von Wendepunkten ist Idomeni, der kleine griechische Ort an der Grenze zu Mazedonien. Hier wird seit gut einer Woche ausgetragen, was die slowenische Regierung mit ihrem angeblich einsamen Beschluss, einer Gruppe von Marokkanern als 'Wirtschaftsmigranten' die Einreise zu verweigern, ins Rollen gebracht hat. Kroatien, Serbien und Mazedonien haben noch am selben Tag nachgezogen und lassen nur noch Syrer, Iraker und Afghanen durchreisen. Seitdem wird in Idomeni nach nationaler Zugehörigkeit selektiert, ein Verfahren, das nicht nur rassistischer Willkür Tür und Tor öffnet – wir haben von *racial profiling* gesprochen, weil keineswegs alle Papiere haben, mit denen sie ihre Nationalität nachweisen können -, sondern auch im krassen Gegensatz zur Genfer Flüchtlingskonvention steht, die Einzelfallprüfung des Asylanspruchs vorschreibt.

Es fällt schwer zu glauben, dass das kleine Slowenien auf eigene Rechnung gehandelt und damit eine Kettenreaktion ausgelöst hat. Dagegen spricht, dass deutsche Grenzbeamte ihren slowenischen Kollegen schon seit Ende Oktober zur Hand gehen. Dagegen spricht aber vor allem, dass die EU bis heute nicht auf die politisch rechtswidrige und humanitär katastrophale Situation in Idomeni reagiert hat. Stattdessen lässt sie das Nicht-EU-Land Mazedonien die Kastanien für sich aus dem Feuer holen. Am vergangenen Wochenende haben mazedonische Soldaten einen 3 m hohen Stacheldrahtzaun hochgezogen, um zu verhindern, dass die ausgeschlossenen Gruppen der Iraner, Pakistani, Somalier oder Eritreer die Grenze stürmen.

Idomeni ist ein Nadelöhr auf der Balkanroute, ein Flaschenhals und die EU tut alles, um den Stöpsel wieder auf die Flasche zu kriegen. Sie bedient sich dabei eines altbekannten Machtinstruments: teile und herrsche. Während ca. 90% der Flüchtenden die Grenze nach wie vor ungehindert passieren, werden kleinere nicht homogene Gruppen herausgefiltert, deren Widerstandspotential schwächer und folglich mit polizeilich-militärischer Gewalt leichter zu brechen ist. Die Bilder von der Revolte der Migranten gegen die Errichtung des Zauns und deren Niederschlagung durch mazedonische Soldaten, die am Sonntag durch die Medien gingen, demonstrieren diese Strategie.

Die teilweise Sperrung des Grenzübergangs könnte sich so als Testfall erweisen. Zu erwarten ist nämlich, dass dieselbe Strategie auf die nächst große Gruppe der Migranten angewandt wird, sollte sie Erfolg haben. Die zynische Bemerkung von Minister de Maizière, dass die Afghanen doch in ihrem Land bleiben könnten, da so viel Entwicklungshilfe dorthin geflossen sei, könnte als Hinweis verstanden werden, welche Gruppe dann an der Reihe ist.

Wir haben das Projekt Moving Europe mit dem Ziel gestartet, unser Möglichstes zu tun, damit die Route über den Balkan offen bleibt. Präsenz zeigen gegenüber den staatlichen Sicherheitsorganen und sichtbar zu sein, wo es zu gewaltsamen Konfrontationen kommt, verstehen wir als wichtigen Beitrag, mit dem wir die

Forderung der Migranten nach offenen Grenzen unterstützen können.

Deshalb bewegt sich der Bus nun schon seit gut einer Woche im griechisch-mazedonischen Grenzgebiet. Er ist Anlaufpunkt für Migranten, aber auch für andere Volunteers, die dort aktiv sind. Er verbreitet Infos über die aktuelle Berichterstattung und sammelt Solidaritätsbekundungen, dient als Unterstand und Teeküche, ist gleichermaßen Werkstatt für Protestmaterial und Ladestation für Handys, besorgt Regenschutz und verteilt Decken. Er wird dort bleiben, solange die Option besteht, dass denen, die nun im Camp an der Grenze festsitzen, die Einreise nach Mazedonien doch noch gelingt.

„Jeder Meter ist ein Kampf“, haben Flüchtende berichtet, die 4200 Kilometer zurückgelegt haben, um von Istanbul nach Berlin zu kommen. Für einen kleinen Teil von ihnen ist die Hürde in Idomeni im Moment besonders hoch. Ihnen gilt unsere Solidarität, um dem Versuch der Spaltung der Migrationsbewegung entgegenzuwirken.

Europa steht am Wendepunkt: die Bedeutung dieses Satzes, wie wir ihn verstehen, geht allerdings über die aktuellen Konfrontationen entlang der Balkanroute hinaus. Auch wenn die EU alles daran setzt, um die Migration von der Türkei über Griechenland und den Balkan nach Deutschland und Skandinavien zu entschleunigen und in geordnete Bahnen zu lenken, wird es ihr nicht gelingen, diese globale soziale Bewegung dauerhaft zu unterbinden. Zäune und Lager, Hotspots und Frontex sowie eine auf Abschreckung getrimmte Verwaltung erschweren den Aufbruch, aber halten ihn nicht auf. Und selbst wenn die EU bereit ist, den hohen Preis zu zahlen, den ihr die Türkei gerade abverlangt, und selbst wenn Erdogan umsetzt, was er im Gegenzug verspricht, dann ist der 'Flüchtlingsstrom' damit keineswegs zum Erliegen gebracht.

Um's zugespitzt zu sagen: mit den alten Mustern von Abschiebung, Internierung und Repression wird sich die Richtung der Geschichte nicht umkehren lassen. Gegen die Globalisierung wirken Grenzregime wie ein Anachronismus, die Instrumente des 20. Jahrhunderts bieten keine adäquate Antwort auf die Anforderungen des 21. Jahrhunderts.

Will heißen: die Migranten kommen, ob wir's wollen oder nicht. Und sie fliehen nicht nur vor Krieg und Gewalt, vor korrupten Diktaturen und religiös motivierter Intoleranz, sind nicht nur Opfer, sondern Subjekte, die ihren legitimen Anspruch auf ein besseres Leben reklamieren.

Damit wird schon durch ihre Anwesenheit die soziale Frage neu auf die Tagesordnung gesetzt und die Normalität von Austerität und Prekarisierung relativiert. Wann ist das letzte Mal so offen über die Wohnungsfrage geredet, wann das letzte Mal die Option der Zwangsenteignung von Kommunalpolitikern ernsthaft in Erwägung gezogen worden?

Wir begreifen dies als Chance, den Anfeindungen von rechts zum Trotz und wohl wissend, dass Politiker nicht zögern werden, Verteilungskämpfe zu initiieren, und Unternehmer schon Morgenluft wittern, weil sie hier ein riesiges Arbeitskräftepotential sehen, aus dem sie schöpfen können, um den Mindestlohn zu umgehen.

Trotzdem: wir begreifen dies als Chance, dass die Dynamik der Flüchtlingskämpfe die sozialen Auseinandersetzungen hier inspiriert und die Forderungen nach bezahlbaren Wohnungen für alle, nach gleichem Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung, nach Grundeinkommen und Mindestlohn mit neuen Inhalten gefüllt werden.

Damit würden wir nicht nur den ankommenden Menschen, sondern auch uns selbst den Weg in ein neues Europa eröffnen.

